

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/007(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 04.02.2020	Franckesaal	16:30Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 17.12.2019 und 14.01.2020
- 4 Bericht der Schulleitungen der IGS „Willy Brandt“ (Herr Ruddat) und der IGS „Regine Hildebrandt“ (Frau Kühn) zur Situation an den IGS
BE: Herr Ruddat, Frau Kühn
- 5 Bericht Stadt Eltern- und Stadtschülerrat
BE: StER, StSR
- 6 Sachstand Optimierung von Schulbezirken
BE: FB 40
- 7 Übergang 4./5. Klasse
BE: FB 40
- 8 Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen
BE: KGm, FB 40
- 9 Beschlussvorlagen

9.1	Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Digitalpakt Schule (DigitalPakt-Richtlinie) BE: FB 40	DS0581/19
10	Anträge	
10.1	Grundschule für Ostelbien	A0170/19
10.2	Grundschule für Ostelbien	A0170/19/1
10.3	Grundschulen für Ostelbien	A0170/19/2
10.4	Grundschule für Ostelbien BE: FB 40	S0001/20
10.5	Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66	A0208/19
10.6	Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 BE: Amt 61	S0543/19
11	Informationen	
11.1	Überarbeitung des „Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ BE: V/02 Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung	I0353/19
12	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Christian Hausmann

Mitglieder des Gremiums

Julia Bohlander

Jürgen Canehl

Bernd Heynemann

Dennis Jannack

Ronny Kumpf

Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Nils Falkenberg

Matthias Stübig

Katja von Hagen

Geschäftsführer/Stellvertreter

Ann-Kathrin Grams

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Stadtrat Hausmann, eröffnet die Sitzung des BSS und begrüßt den Beigeordneten, die anwesenden Stadträte, die sachkundigen Einwohner, den Stadteltern- und Stadtschülerrat, die Verwaltung, den Ortsbürgermeister von Beyendorf-Sohlen Herrn Zenker, Frau Kühn (Schulleiterin IGS „Regine Hildebrandt“), Herrn Ruddat (Schulleiter IGS „Willy Brandt“) und die Gäste.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit mit 5 Stadträten, später mit 7 Stadträten (Stadtrat Kumpf erscheint um 17:10 Uhr, Stadträtin Bohlander erscheint um 17:30 Uhr), am Ende wieder mit 6 Stadträten (Stadtrat Jannack verlässt die Sitzung um 19:25 Uhr) fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende erläutert, dass er für die heutige Sitzung vorsorglich die Drucksachen DS 0632/19 (Barleber See) und DS0597/19 (Carl Miller Bad) mit auf die Tagesordnung genommen hat, für den Fall das evtl. eine Eilbegründung vorliegt. Nach Freigabe beider DS in der OB-Dienstberatung am 28.01.2020 liegt nunmehr keine Eilbegründung vor. Da außerdem bei den beiden sehr umfangreichen Drucksachen das Bedürfnis besteht, dies vorher in der Fraktion zu diskutieren und eine Zuleitung an die Fraktionen gem. § 4 Absatz 2, der GO der LH MD zeitlich nicht gegeben war, schlägt er vor, die beiden DS von der Tagesordnung zu nehmen und in der Sitzung am 10.03.2020 zu behandeln.

Der Vorsitzende bittet zudem darum, den TOP 11.1 vorzuziehen und als neuen TOP 9 die Berichterstattung durch Herrn Matz zu den Aktivitäten im Sportbereich aufzunehmen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit **5:0:0 Stimmen** genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschriften vom 17.12.2019 und 14.01.2020

Stadtrat Canehl hat schriftlich um folgende Änderung zu Punkt 11 der NS vom 14.01.2020 gebeten:

1. Absatz

*Stadtrat Canehl informiert, dass das Fahrradverbot **für Erstklässler** (Zusatz) der Grundschule Am Grenzweg ..*

*.. nicht mehr betreten/befahren werden darf, sind **17** (statt 8) kostenlose Lehrerparkplätze vorhanden.*

5. Absatz

*Stadtrat Canehl erläutert, dass **durch Zuordnung von entfernt liegenden Wohngebieten zum Grenzweg** (Ersatz für „durch Auslagerung“) teilweise sehr lange Wegstrecken auf die Schülerinnen und Schüler zukommen. Er informiert, dass es sich bei dem **Fahrradabstellverbot** (Ersatz für Fahrradverbot) für Erstklässler der GS Am Grenzweg um eine in der Schulkonferenz **diskutierte Maßnahme der Schulleiterin** (Ersatz für Beschluss) handelt.*

NEU: 6. Absatz

Stadtrat Canehl schlägt einen gemeinsamen morgendlichen Besichtigungstermin mit dem Stadtelternrat vor. (Zusatz)

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass im Protokoll der Verlauf der Sitzung am 14.01.2020 dargestellt werden soll und im Nachhinein erworbene Informationen nicht zur Änderung des Protokolls führen können, da es den damaligen Sachstand wiedergibt. Er spricht sich dafür aus, der Vollständigkeit halber, den Absatz 6 mit in die Niederschrift aufzunehmen.

Frau Richter, Fachbereichsleiterin FB 40, schlägt vor folgende Ergänzungen im 6. Absatz der NS vom 14.01.2020 vorzunehmen:

Die Verwaltung lehnt eine Teilnahme an dem Besichtigungstermin ab, da die Schulleiterin nicht zu diesem Termin eingeladen wurde. (Zusatz)

Die so geänderte Niederschrift vom 14.01.2020 wird mit **4:0:1 Stimmen** beschlossen.

Der Vorsitzende stellt die Niederschrift vom 17.12.2019 zur Abstimmung.
Die Niederschrift wird mit **4:0:1 Stimmen** bestätigt.

4. Bericht der Schulleitungen der IGS „Willy Brandt“ (Herr Ruddat) und der IGS „Regine Hildebrandt“ (Frau Kühn) zur Situation an den IGS
-

Frau Kühn, Schulleiterin IGS „Regine Hildebrandt“, informiert, dass die IGS mittlerweile 7-zügig ist und aktuell 1.082 Schüler an der Schule lernen, davon 158 Schüler gymnasial und 924 Schüler im Sekundarschulzweig. Im Klassenverband wird in Klasse 5/6 unterrichtet. Ab Klasse 7 gibt es fachleistungsdifferenzierte Kurse. Ab Klasse 9 wird in gymnasialen Zweig und Sekundarschulzweig geteilt. Ab der 10. Klasse erhalten die Schüler spezielles Methodentraining, um sich optimal auf die Kursstufe vorbereiten zu können. Das Abitur kann nach 12 oder 13 Jahren abgelegt werden.

Frau Kühn macht auf einige Probleme der IGS „Regine Hildebrandt“ aufmerksam. Sie ist der Ansicht, dass das Losverfahren Schüler, die an die IGS möchten, benachteiligt. Außerdem haben Schülersprecher an Sie herangetragen, dass es Rückzugsorte für jede Altersgruppe geben sollte. Des Weiteren benötigt die Schule einen Raum für Veranstaltungen, wie Dienstberatungen oder Theateraufführungen.

Herr Ruddat, Schulleiter IGS „Willy Brandt“, lobt die gute Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Magdeburg, insbesondere dem FB 40. Er betont, dass die IGS eine eigene Schulform und keine Gemeinschaftsschule ist. Er erläutert, dass über einen Schulformwechsel das Land und über Übergänge 4./5. Klasse die Landeshauptstadt Magdeburg zur Unzufriedenheit der IGS entscheidet. Im Losverfahren sollten seiner Meinung nach alle Schüler mit dem IGS-Wunsch berücksichtigt werden, auch im Härtefall, da es sich sonst um Benachteiligung von Kindern mit gymnasialem Anspruch handelt. Er führt hierzu aus, dass es unter den jetzigen Bedingungen schwierig ist, die Oberstufe zu sichern. Er ist der Meinung, dass keine dritte IGS eröffnet werden sollte, sondern der Ausbau/die Stärkung der zwei bereits bestehenden IGS erfolgen muss. Des Weiteren verweist er auf die notwendige Raumausstattung für die fachleistungsdifferenzierten Kurse. Auch nach dem Auszug der Grundschule ist nach seiner Auffassung eine durchgehende 5-Zügigkeit kaum umzusetzen.

Der Vorsitzende ist ebenfalls der Ansicht, dass die Ausstattung der bereits vorhandenen IGS im Vordergrund stehen sollte und nicht der Bau einer weiteren IGS.

Frau Richter kann das Kompliment an die IGS nur zurückgeben. Sie informiert, dass das Raum- und Funktionsprogramm der IGS „Regine Hildebrandt“ mit der vorherigen Schulleitung abgestimmt wurde. Es gibt schon einen Fördermittelbescheid und das GU-Verfahren läuft bereits. Die Sporthalle kann gegebenenfalls multifunktional genutzt werden und würde der IGS somit auch für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Zu dem Thema Losverfahren führt sie aus, dass es rechtlich keine Möglichkeit gibt, Schüler mit gymnasialer Empfehlung vorrangig an IGS aufzunehmen.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass der Auszug der GS „Am Westring“ schnellstmöglich erfolgen soll, damit der IGS „Willy Brandt“ mehr Räume zur Verfügung stehen.

Herr Prof. Puhle bedankt sich für den umfangreichen Bericht bei Frau Kühn und Herrn Ruddat. Er macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Magdeburg hinter den IGS steht. Am Standort „Wilhelm-Kobelt-Straße“ soll ein 4-zügiger Grundschulneubau erfolgen. Dort sollen zukünftig auch die Schüler/innen aus der GS „Am Westring“ untergebracht werden, sodass der IGS „Willy Brandt“ mehr Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die IGS „Regine Hildebrandt“ wird wahrscheinlich durch den Umzug der Gemeinschaftsschule „Gottfried Wilhelm Leibniz“ nach Nord entlastet.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Canehl** erläutert **Herr Ruddat**, dass es in den 5. Klassen keine Schüler aus den umliegenden Landkreisen gibt. In der Oberstufe sind einige auswärtige Schüler vorhanden.

Stadtrat Canehl ist der Auffassung, dass eine 7-zügige Schule zu groß ist. Für die Fraktion der Grünen stellt sich nun die Frage, ob der Bau einer dritten IGS nicht doch sinnvoll ist, da selbst nach dem Auszug der GS nicht genügend Räumlichkeiten in der IGS „Willy Brandt“ vorhanden sind, um die nächsthöhere Zügigkeit zu erreichen.

Stadtrat Jannack macht deutlich, dass zunächst die Frage des Zugangs zur IGS geklärt werden muss. Hierbei müssen unter anderem folgende Punkte betrachtet werden: Wo kommen die Schüler her und wird die IGS gewählt, weil sie sich in der räumlichen Nähe befindet oder weil ein gymnasialer Bildungsweg gewünscht ist? Er ist der Meinung, dass nicht über eine dritte IGS nachgedacht werden sollte, sondern darüber, wie die bestehenden IGS entlastet werden können.

Frau Dr. Kirstein vom **Stadtelternrat** erklärt, dass die IGS eine eigene Schulform ist. Auf Grund der geringen Kapazitäten kann dem Elternwunsch der Schulform IGS oft nicht entsprochen werden.

Herr Ruddat möchte eine Zusage, dass Kinder, die in der Schullaufbahnerklärung als Erstwunsch IGS und als Zweitwunsch ein Gymnasium angegeben haben, nicht im Härtefall an eine Gemeinschaftsschule geschickt werden. In Zukunft soll es mehr Kooperation zwischen IGS und Gemeinschaftsschulen geben, um Schüler/innen die Übergänge zu erleichtern.

Frau Althaus führt hierzu aus, dass ein Kind, das als Erstwunsch IGS und als Zweitwunsch Gymnasium angegeben hat, nicht auf eine Gemeinschaftsschule geschickt wird.

Frau Kühn möchte wissen, ob es rechtlich möglich ist, die Schüler/innen von zwei 5. Klassen selbst auszuwählen. In Halle bewerben sich Schüler/innen an den Schulen und die Schule kann dann Schüler/innen eigenständig aussuchen.

Stadtrat Canehl fragt, ob Vorgespräche an kommunalen Gymnasien geführt werden, um Schüler/innen auszuwählen.

Frau Richter informiert, dass es keine Aufnahmegespräche an kommunalen Schulen gibt. Lediglich an Schwerpunktschulen und Schulen in freier Trägerschaft sind solche Vorgespräche möglich. Eine Auswahl für kommunale Schulen kann nur nach sachgerechten Gründen erfolgen bspw. über Losverfahren. Ein Ausschluss von Schülern ohne gymnasiale Befähigung für eine IGS ist nicht möglich und wäre auch ungerecht.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Prüfantrag zu stellen. Es soll geklärt werden, ob und wie die nächsthöhere Zügigkeit an der IGS „Regine Hildebrandt“ und der IGS „Willy Brandt“ erreicht werden kann und ob der Auszug der GS „Am Westring“ bereits zu einer Erhöhung der Zügigkeit der IGS „Willy Brandt“ führt. Die Überprüfung soll mittels einer Raumbedarfsanalyse erfolgen.

Dieser Vorschlag wird mit **7:0:0 Stimmen** bestätigt.

5. Bericht Stadteltern- und Stadtschülerrat

Frau Dr. Kirstein vom **Stadtelternrat** informiert, dass Unbekannte in das Albert-Einstein-Gymnasium Magdeburg eingestiegen sind. Das KGm wird diesbezüglich gebeten zu prüfen, wie so etwas zukünftig verhindert werden kann.

Frau Richter schlägt vor, als FB 40 die Kommunikation zwischen dem KGm, gegebenenfalls der KID und dem Albert-Einstein-Gymnasium zu koordinieren.

Frau Dr. Kirstein vom **Stadtelternrat** erläutert, dass der Geschirrspüler des Albert-Einstein-Gymnasiums defekt ist. Die Cateringfirma hat einen neuen Geschirrspüler finanziert und fragt nun an, wer für das verauslagte Geld aufkommt.

Herr Schlieffe, FB 40, führt hierzu aus, dass die Stadt Schränke, Geschirr und die Anschlüsse zur Verfügung stellt. Alles weitere beschafft jede Cateringfirma eigenständig. Ein Geschirrspüler ist somit nicht Teil der Grundausstattung. Außerdem gab es auch keine Absprache bezüglich der Refinanzierung des Gerätes. Er schlägt vor, diesbezüglich noch einmal das Gespräch mit der Schule zu suchen.

Stadtrat Canehl fragt, wie das Elternbegehren angelaufen ist.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Canehl** erklärt **Frau Dr. Kirstein** vom **Stadtelternrat**, dass das Elternbegehren gut angelaufen ist und dass es viele Interessenten, auch aus dem Umland gibt.

Stadtrat Canehl fragt nach neuen Informationen bezüglich Lehrerstudiengängen an der Universität in Magdeburg.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass es noch zu früh ist, um über dieses Thema zu sprechen und dass die Finanzierung noch geklärt werden muss.

Der Stadtschülerrat informiert, dass es am 19.02.2020 einen Termin zwischen dem KGm, SAB, FB 40 und Stadtschülerrat zum Thema Mülltrennung geben wird.

6. Sachstand Optimierung von Schulbezirken

Frau Althaus, FB 40, erläutert, dass eine dritte Berechnung und Verschiebung erfolgen wird, da Schüler aus Stadtfeld laut der aktuellen Berechnung in die Grundschule „Im Nordpark“ gehen sollten. Somit wird die Drucksache voraussichtlich erst im April dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

7. Übergang 4./5. Klasse

Frau Althaus, informiert, dass nach den Halbjahresferien (24.02.2020) laut Terminplan des Landes die Übergabe der Schullaufbahnerklärungen durch die Eltern über die GS an den FB 40 erfolgen soll. In der nächsten Sitzung des BSS im März wird Sie bereits erste Ergebnisse berichten können.

8. Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen

Frau Göcke, KGM, erläutert den aktuellen Stand:

1. Neubau Förderschule „Am Sternsee“ ist in Betrieb.
Feierliche Eröffnung am 16.01.2020 um 10:00 Uhr.

2. Neubau GS Kobeltstraße

Der Bauantrag wurde in der 10. KW 2019 eingereicht. EW-Bau wurde bestätigt. LPH 5 abgeschlossen. GU-Verfahren läuft. Derzeit läuft noch das Verhandlungsverfahren zur Kostenoptimierung. Die DS soll im April eingereicht werden. Baugenehmigung ist doch noch offen. Eine mündl. Bestätigung wurde erteilt.

3. Erweiterung GS Brückfeld

Tiefbau begonnen. Bodenplatte ist betoniert. Gewerke werden jetzt nach und nach beauftragt. Fertig zum Schuljahresstart 2021 (Anbau). Danach Herrichten Hortbereich f. GS. Der Verzug von ca. 4 Wochen soll in Folgemonaten kompensiert werden. Im EG stehen die ersten Wände.

4. GS Ottersleben – Erweiterungsbau

DS EW-Bau beschlossen. Nutzer in Planung etc. einbezogen. Im Dezember 2019 wurde der Bauantrag eingereicht.

5. STARK III (GS Diesdorf, Sek. Wille, BbS H.-Beims, Editha-Gymn.)

Fördermittelbescheide vorliegend.

GS Diesdorf

Maßnahme läuft. fertig Okt. 2020.

Rohbauarbeiten werden im Feb. abgeschlossen. Derzeit läuft parallel der Fenstereinbau im Altbau mit Anarbeitung WDVS.

BbS Beims (Bodestr. 1)

Maßnahme im Plan. Fassade ist fertig. Der Innenausbau läuft.

SH ist jetzt entkernt. Der Rohbau startet.

Editha-Gymn.

Zeitlicher Planungsablauf verzögert durch späten FöMi-Bescheid. Heiztrassenumschluss erledigt, Umschluss Wasser für Ende Feb. geplant.

Foyer – 2. Rohbaulos (mit Busse Bau) ist beauftragt.

Aktuell laufen die Rohbauarbeiten Abmauerungen / Öffnungen für den Aufzug.

Der notwendige Stahlbau für Mensa startet in der 5. KW (Lieferung) ab 7. / 8. KW (Einbau) planmäßig Fertigstellung der Leistung im März.

SH – Lose befinden sich in der Ausschreibung und sind teilweise bereits vergeben.

Start mit Abbrucharbeiten im Februar.

GemS. Wille (Ottersleben)

Baugenehmigung liegt vor. Maßnahme läuft.

Insgesamt sehr guter Bautenstand.

Baugenehmigung zur SH aufgrund fehlender Baulasteneintragungen noch offen.

Derzeit wurde für die Sanierung der SH ein Baustopp ausgesprochen.

Teilbaugenehmigung ist eingegangen.

Ein geänderter Bauantrag für die SH wird in der 5. KW im BOA eingereicht.

GS Fliederhof

FöMi-Bescheid liegt jetzt vor.

Bauantrag für Schule wurde abgegeben. Im Feb. folgt der Antrag für die SH.

Div. Optimierungen in der Lph 4 laufen und werden der IB angezeigt.

GemS Goethe

FöMi-Bescheid liegt nunmehr vor (Bearb.-Stand LPh 4).

Bauantrag wurde abgegeben.

Baugenehmigung wird abgewartet.

6. SchulhofsanierungenGS „Klosterwuhne“

1. u. 2. BA abgeschlossen.

3. BA Feuerwehrezufahrt (FöMi 2020) vakant.

*Neue Überplanungen*GS Hegelstr. 22

EW-Bau liegt vor. Planung wird weiterbearbeitet.

Bauantrag nicht notwendig.

AFU liegt vor. LV im Februar in Vorbereitung.

GS Pechauer Platz

Warten auf Baugenehmigung.

Lph 5 ist so weit abgeschlossen.

Geplante Ausschreibung der Leistungen 04/2020 wenn Baugenehmigung vorliegt.

Baubeginn 05/06 2020.

Sportgymnasium

EW-Bau liegt vor und wird geprüft.

Bauantrag bis Februar fertiggestellt.

7. MDCC-Arena

Einbau der Stufenelemente in Block 7 ist abgeschlossen, damit ist der Innenraum der MDCC-Arena komplett zur Nutzung freigegeben.

2 Kioske unter Block 7 müssen vom Caterer noch ausgestattet werden.

Vakant sind:

- Lieferung der WC-Container für den Gästebereich
- Bau des Parkplatzes am Gübser Weg

Die hierfür zusätzlich notwendigen Mittel wurden im Finanzausschuss nicht genehmigt.

8. Moldenstraße

Planer sind beauftragt. DS EW-Bau am 05.12.2019 im StR. bestätigt.

1. Schritt:
Wiederinbetriebnahme Schule ohne Fassade etc. nur Fenster und Sonnenschutz
2. Schritt: (mit notwendiger Baugenehmigung)
Anbau Aufzug + Sanierung Sporthalle

Derzeit laufen Abbruchmaßnahmen, Ausschreibung für Fenster / HLS / Eit.
Die restlichen LVs sind in Vorbereitung.

9. P.-Neruda-Str. 12, Schule d. 2. Bildungsweges, SH GS Westerhüsen

Ausschreibung GU. Auswertung abgeschlossen. DS wurde am 23.01. vom Stadtrat einstimmig beschlossen.

Außerdem wurde bereits der FöMi-Antrag eingereicht und im Feb soll der Bauantrag erstellt und eingereicht werden.

Vertragsunterzeichnung ist für den 11.02.2020 geplant

Geplanter Baustart: Sommer 2020

10. GS Westerhüsen

VGV Verfahren für Architekt / Tragwerkplanung, für Haustechnik ist abgeschlossen.

Damit kann ab Februar mit der Planung gestartet werden.

Terminplan: Vorplanung 03/2020; EW-Bau 06/2020

11. TUS-Sporthalle

Die Vorbereitungen für das VGV Verfahren laufen (04/2020).

Stadtrat Canehl kritisiert, dass die Fertigstellung der GS Diesdorf erst im Oktober 2020 erfolgen soll und fragt, ob es nicht die Möglichkeit gibt, die Fertigstellung zu beschleunigen, sodass bereits ab dem Schuljahresbeginn im August 2020 Schüler dort untergebracht werden können.

Frau Richter macht deutlich, dass eine Beschleunigung der Fertigstellung nicht möglich ist und diesbezüglich schon Gespräche mit dem KGm erfolgt sind.

Frau Göcke, KGm, unterstützt die Aussage von **Frau Richter** und erklärt, dass eine Beschleunigung von einem Vierteljahr unrealistisch ist.

9. Beschlussvorlagen

- 9.1. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Digitalpakt Schule (DigitalPakt-Richtlinie)
Vorlage: DS0581/19
-

Frau Richter führt in die Drucksache ein. Gemäß der „DigitalPakt-Richtlinie“ gewährt das Land Sachsen-Anhalt zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der digitalen Bildungsinfrastruktur, für die Vernetzung von Schulen und deren Ausstattung mit IT-Systemen Zuwendungen aus Bundesmitteln. Für die kommunalen Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg sind 12.897.455 € vorgesehen. Die Gelder sollen vor allem in den Aufbau oder die Verbesserung der digitalen Vernetzung/Verkabelung in Schulgebäuden, den Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Lehr-Lern-Infrastrukturen, in Anzeige- und Interaktionsgeräte und digitale Arbeitsgeräte fließen. Es sind ausschließlich Ausgaben, die bis zum 31.12.2024 erbracht und gegenüber der Bewilligungsbehörde zur Erstattung angemeldet wurden, Zuwendungsfähig. Die Schulen wurden aufgefordert eigene Medienentwicklungskonzepte auszuarbeiten und vorzulegen.

Frau Richter betont, dass die Finanzierung der jährlichen Folgekosten in Höhe von 3,8 Mio Euro geklärt werden muss. Diesbezüglich sollen Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt geführt werden.

Der Vorsitzende führt hierzu aus, dass Gespräche mit dem Land zur Folgefinanzierung schnellstmöglich geführt werden sollten.

Auf Nachfrage von **Stadträtin Schumann** erläutert **Frau Richter**, dass durch die DigitalPakt-Richtlinie auch Investitionen wie die Beschaffung von Whiteboards gefördert werden.

Stadtrat Jannack ist der Meinung, dass die Folgefinanzierung dringend geklärt werden muss. Er erkundigt sich nach der IKT-Förderung, dem Breitbandausbau und fragt, ob die Schulen Unterstützung bei der Erstellung des Konzeptes erhalten und ob auch andere Betriebssysteme wie IOS in Betracht gezogen werden.

Frau Richter informiert, dass bis 2021 alle Schulen ans Breitbandnetz angeschlossen sein sollen. Die Finanzierung durch das Land bis einschließlich 2023 hierfür ist zugesagt.

Herr Schlieffe, FB 40, erklärt, dass für die IKT-Anträge detaillierte Medienkonzepte notwendig waren, da eine bestimmte Punktzahl erreicht werden musste. Alle Anträge der Landeshauptstadt Magdeburg wurden in diesem Rahmen bewilligt. Er führt weiterhin aus, dass Workshops durchgeführt werden, um den Schulen die Erstellung des Medienkonzeptes zu erleichtern. Auf die Nachfrage bezüglich der Betriebssysteme antwortet er, dass weiterführende Schulen Windows bevorzugen. Im Grundschulbereich wird überprüft, ob es auch die Möglichkeit gibt, andere Betriebssysteme zu verwenden.

Der Vorsitzende stellt die DS0581/19 zur Abstimmung.

Die Drucksache wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

10. Anträge

10.1. Grundschule für Ostelbien Vorlage: A0170/19

Stadtrat Kumpf schlägt vor, den TOP 10 aus folgendem Grund zu vertragen:
Der Finanzausschuss des Landtages wird in der nächsten Sitzung über das Grundstück in der Turmschanzenstraße 32 diskutieren und diese Diskussion sollte abgewartet werden.

Der Vorsitzende spricht sich gegen eine Vertagung des TOP aus. Er ist der Meinung, dass die Anträge heute abgestimmt werden sollten.

Stadtrat Canehl unterstützt die Meinung des Vorsitzenden.

Der Vorschlag wird mit **1:6:0 Stimmen** abgelehnt.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass keine Zeit mehr ist um weitere Flächen zu prüfen. Seit 2 Jahren wird darüber gesprochen, dass der Schulbau notwendig ist.

Stadtrat Heynemann bringt den Antrag ein. Der Schulneubau soll am Standort „Am Brellin“ realisiert werden, da dort ein Baurecht besteht und auch der B-Plan bereits vorliegt. Somit könnte der Bau an dem Standort schnell begonnen werden und die Schule womöglich bereits 2023 in Betrieb gehen.

Der Antrag wird mit **2:4:1 Stimmen** nicht empfohlen.

10.2. Grundschule für Ostelbien
Vorlage: A0170/19/1

Stadtrat Kumpf bringt den Änderungsantrag ein. Der Schulneubau soll am Standort „Turmschanzenstraße 32“ erfolgen, da es sich dabei getreu dem Motto „Kurze Wege, kurze Beine“ um einen optimalen Standort handelt. Der Standort ist für Schüler aus den Stadtteilen Brückfeld, Herrenkrug, Werder und Berliner Chaussee gleichsam gut und besser als die bislang gehandelten Standorte zu erreichen ist. Außerdem ist die Freifläche baureif und voll erschlossen.

Herr Prof. Puhle führt hierzu aus, dass das Land deutlich gemacht hat, dass dieses Grundstück für Landeszwecke benötigt und nicht verkauft wird.

Der Antrag wird mit **1:4:2 Stimmen** nicht empfohlen.

10.3. Grundschulen für Ostelbien
Vorlage: A0170/19/2

Stadtrat Canehl bringt den Änderungsantrag ein. Er schlägt als mögliche Schulstandorte die freie Fläche zwischen dem Hauptsitz des Landesverfassungsschutzes „Am Zuckerbusch“ und dem Jugend- und Sozialzentrum „Mutter Teresa“, die ungenutzten Flächen im Rahmengenbiet „Heumarkt“ und das im Landeseigentum stehende Grundstück neben dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vor. Seiner Meinung nach ist der Standortvorschlag „Am Brellin“ am ungünstigsten von allen. Er bevorzugt den Standort „Am Heumarkt“, da in der Umgebung auch neue Wohngebiete entstehen und keine Grundschule in der Nähe vorhanden ist. Es sollen sowohl die zuvor genannten Standorte, als auch private Grundstücke, sowie im Landeseigentum stehende Grundstücke überprüft werden.

Stadtrat Canehl möchte einen Lageplan einer Landesobliegenheit austeilen.

Der Vorsitzende untersagt dies. Grundlage für die Behandlung in einer Ausschusssitzung des Stadtrates sind ausschließlich Dokumente der Stadtverwaltung bzw. von dieser zur Verfügung gestellte. Er bittet **Stadtrat Canehl** sich ausschließlich zu seinem Änderungsantrag zu äußern.

Daraufhin entstand eine umfangreiche Diskussion.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Unterbringung des Hortes des Schulneubaus Ostelbien nicht im Jugend- und Sozialzentrum „Mutter Teresa“ nicht möglich ist, da die Räumlichkeiten selbst benötigt werden.

Stadtrat Jannack ist der Meinung, dass der Standort „Heumarkt“ am sinnvollsten ist, da es sich im nördlichen Teil von Ostelbien befindet und so auch der Werder mit einbezogen wird.

Stadträtin Schumann ist der Ansicht, dass intensiver über kommunale Grundstücke gesprochen werden sollte und nicht über die Grundstücke vom Land. Auch Enteignungen von Privatpersonen sind nicht möglich.

Stadtrat Canehl erläutert, dass niemand von Enteignung von Privatpersonen gesprochen hat. Er fordert die Verwaltung dazu auf, ausführlicher über die Prüfung möglicher Standorte zu informieren.

Stadtrat Kumpf führt hierzu aus, dass auch Flächen vom Land in Betrachtung gezogen werden sollten.

Herr Prof. Puhle weist daraufhin, dass vor einigen Monaten ein Beschluss gefasst wurde den Standort „Heumarkt“ zu wählen. Der Stadtrat hat allerdings beschlossen das die Kleingartenanlage vor Ort bestehen bleiben soll. Somit ist der Schulneubau dort nicht möglich. Auch die Fläche des Landes „Am Zuckerbusch“ kann nicht gekauft werden.

Der Antrag wird mit **2:4:1 Stimmen** nicht empfohlen.

10.4. Grundschule für Ostelbien
Vorlage: S0001/20

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.5. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66
Vorlage: A0208/19

Frau Richter berichtet von einem Treffen, das zwischen den Schulleitern der GS Westerhüsen und der GS Lindenhof, Vertretern des FB 40 und Vertretern der MVB am 27.01.2020 stattgefunden hat. Da der Bus um 6:38 Uhr in Beyendorf abfährt, die Kinder dann noch einen Weg zur Schule zurücklegen müssen, die ab 7:00 Uhr geöffnet ist, besteht aus Sicht der Schulleitungen kein Änderungsbedarf der Schulanfangszeiten. Auch nach Auffassung der Verwaltung ist der Schulweg und die dafür benötigte Zeit zumutbar. Während der Bauphase 2021/2022 soll es eine Sonderbahn der MVB mit Verkehrshelfern geben. Da dies für die Schüler aus Beyendorf schwierig wird, sollen die Eltern der Einschüler des Schuljahres 2021/2022 sowie 2022/23 selbst entscheiden dürfen, ob ihr Kind in die GS Westerhüsen oder in die GS Lindenhof kommen soll. Eine entsprechende Option soll in den Satzungen festgeschrieben werden.

Herr Zenker, Ortsbürgermeister von Beyendorf-Sohlen, ist der Meinung, dass die Abfahrtszeiten für die Schüler/innen nicht zumutbar sind. Er bittet den Stadtrat, dass eine Busverbindung zu zumutbaren Zeiten sichergestellt wird.

Stadträtin Schumann fragt, wie viele Kinder davon betroffen sind.

Frau Richter erklärt, dass im Schuljahr 2020/21 fünf Einschüler davon betroffen sind.

Auf Nachfrage von **Stadträtin Schumann** informiert **Herr Heine**, Amt 61 über die aktuellen Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Linie 66. Danach müssten die Beyendorfer Kinder nach Westerhüsen nur 10 Minuten früher los als jetzt. Er sagt außerdem, dass ein Rufbus zusätzliche Kosten verursachen würde.

Der Vorsitzende plädiert für die Annahme des Antrages und ist der Ansicht, dass ein kleiner Rufbus angebracht und völlig ausreichend ist.

Der Antrag wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

- 10.6. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66
Vorlage: S0543/19
-

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

11. Informationen

- 11.1. Überarbeitung des „Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“
Vorlage: I0353/19
-

Herr Dr. Gottschalk, Leiter V/02 Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, bringt die Information ein. Er weist daraufhin, dass eine Überarbeitung des „Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ erfolgen soll. Eine Auftaktveranstaltung fand als Start des öffentlichen Diskurses bereits am 10.09.2019 statt. Am Ende des Jahres soll dem Stadtrat diesbezüglich eine Drucksache zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der Vorsitzende erläutert, dass er auch an der Auftaktveranstaltung teilgenommen hat und betont, dass gute Schwerpunkte gesetzt wurden.

Stadtrat Canehl fragt, ob externe oder interne Mitarbeiter in das Projekt involviert sind.

Herr Dr. Gottschalk führt hierzu aus, dass das Management von der Verwaltung durchgeführt wird, allerdings auch Selbsthilfegruppen beteiligt werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

12. Verschiedenes

Herr Matz, FB 40, erläutert die Aktivitäten im Sportbereich:

Erweiterung Gebäude Verein f. Sporttherapie und USC Magdeburg, Gr. Diesdorfer Str.
Der Rohbau verläuft wie geplant. Die Winkelstützen zum Nachbargrundstück sind eingebaut. Alle Grundleitungen sind verlegt. Anfang März beginnt der Bau des Erdgeschosses.

Barleber See

Wegebau mit gleichzeitiger Erneuerung der in diesem Bereich liegenden Leitungen entlang des Buschweges hat begonnen.

FSV Farmersleben

Anfang März beginnt die Umverlegung der Fernwärmeleitung.

Im Sommer soll der Rasenplatz des FSV aufgrund von Pilzbefall erneuert werden. Absprachen mit dem Verein laufen.

Stadion, NLZ, LAZ, Zaunbau

Planmäßiger Bauablauf, Zaun im Bereich der Nebenplätze wird gebaut. Vermessung ist erfolgt.

Elbehalle, Strömungskanal

Der Auftrag ist erteilt, alle Absprachen mit Trainern sind erfolgt. Ausführungszeitraum 01.06.2020 bis 13.07.2020. Maßnahme hat keinen Einfluss auf die Öffnungszeiten.

Herr Matz informiert über das in Magdeburg stattfindende U21-Europameisterschaft Qualifikationsspiel der deutschen U 21-Nationalmannschaft am 31. März 2020. Anstoß ist um 18:15 Uhr in der MDCC-Arena, der Gegner lautet Wales.

Stadtrat Heynemann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Sprungturms in der Elbeschwimmhalle.

Frau Richter führt hierzu aus, dass aktuell geprüft wird, welche Maßnahmen in den Schließzeiten aller Schwimmhallen durchgeführt werden können.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Jannack** erläutert **Herr Matz**, dass der Abriss des Achterruderkastens keine große Überraschung darstellt, da er durch das Hochwasser zerstört wurde und es keine Möglichkeit gibt den Ruderkasten anzuheben, um ihn vor einem erneuten Hochwasser zu schützen. Dies wurde auch schon immer so kommuniziert. Ein privater Investor hat sich ohne Angabe von Gründen zurückgezogen.

Frau Richter bittet um eine Terminabstimmung für die Sportfördermittelvergabe. Es wird sich darauf geeinigt, dass die Sportfördermittelvergabe am 03.03.2020 um 16:30 Uhr im FB 40 stattfindet.

Der Vorsitzende schlägt vor eine der nächsten Sitzungen des BSS in der GS „Am Umfangsweg“ durchzuführen, da die GS Bedarf hat den Mitgliedern des BSS den Schulhof zu zeigen.

Stadtrat Canehl informiert, dass die März-Sitzung auf Grund zahlreicher Drucksachen sehr umfangreich wird und es auf Grund dessen sinnvoll ist, die Sitzung des BSS im April in der GS „Am Umfangsweg“ durchzuführen.

Die Mitglieder des BSS einigen sich somit, dass die Sitzung des BSS am 28.04.2020 in der GS „Am Umfangsweg“ stattfinden soll.

Stadtrat Canehl macht deutlich, dass es sich bei der GS „Am Grenzweg“ um ein Fahrradabstellverbot und nicht um ein Fahrradverbot handelt. Das Fahrradabstellverbot wurde von der Schulleiterin in der Gesamtkonferenz diskutiert. Einen Beschluss diesbezüglich gibt es nicht. Die Schulleiterin setzt durch, dass die Erstklässler ihre Fahrräder nicht auf dem Gelände abstellen dürfen.

Frau Richter informiert, dass die Fragebögen bezüglich der Fahrradabstellmöglichkeiten an die Schulen versendet wurden.

Der Vorsitzende hat den Fragebogen positiv befürwortet.

Der Vorsitzende hat eine Anfrage von der Bibliothek erhalten, ob der BSS eine der kommenden Sitzungen in der Bibliothek durchführen möchte.

Die Mitglieder des BSS einigen sich darauf, dass eine Sitzung des BSS in der Bibliothek im zweiten Halbjahr 2020 durchgeführt werden soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Hausmann
Vorsitzende/r

Ann-Kathrin Grams
Schriftführer/in